

te, die zu Beginn der Ming-Zeit bestanden hat. Damals, nämlich zwischen 1405 und 1433, führte ein Admiral der Dynastie, der in China berühmte Zheng He, sieben Großexpeditionen durch, die bis Borneo und an die Ostküste Afrikas reichten. Chinas Flotte umfaßte damals 60 Schiffe und beschäftigte 20.000 Matrosen.

Um die Mitte des 15. Jh. freilich begann eine Politik der Abkapselung von der Außenwelt, die den Chinesen jede maritime Perspektive nahm und die das Land am Ende auch dem Zugriff seefahrender europäischer Mächte auslieferte.

Von diesem Rückschlag, der heute als nationale Schmach empfunden wird, hat sich das neue China erholt - und ist offensichtlich entschlossen, eines Tages vielleicht zur seefahrenden Nation Nr. 1 zu werden. -we-

*(32)

Firmenübernahme der VR mit US-Veto belegt

Der amerikanische Präsident Bush hat erstmals unter Berufung auf das E4012on-Florio-Amendment zum Handelsgesetz von 1988 einem ausländischen Unternehmen den Einstieg bei einer US-Gesellschaft versagt. Die China National Aero-Technology Import and Export Corp. (CATIC), das militärische Beschaffungsunternehmen des chinesischen Luft- und Raumfahrtministeriums, wurde aufgefordert, binnen dreier Monate die im November 1989 erworbene Mamco Manufacturing Co. in Seattle zu verkaufen.

Bei der Mamco handelt es sich um einen Hersteller von Bestandteilen für den zivilen Flugzeugbau. Der US-Gehheimdienst sah es dem Vernehmen nach jedoch als erwiesen an, daß die VR über das Vehikel Mamco den Zugang zu amerikanischer Rüstungstechnologie suchte, weshalb dem Präsidenten im Einklang mit E4013on-Florio das Verbot der Übernahme empfohlen wurde.

Der Präsident schien keine Alternative zu haben, zumal der Kongreß alles andere ungnädig aufgenommen hätte. Das Weiße Haus war auf der anderen Seite bemüht, die Einmaligkeit des Vorganges zu unterstreichen. Das Verbot sei kein Verdikt gegen ausländische

Direktinvestitionen. Der Präsident habe gehandelt, "weil glaubhafte Informationen nahelegten, daß jeder andere Entscheid die nationale Sicherheit tangiert hätte". (NZZ, 6.2.1990; AWSJ, 5.2.1990) -lou-

*(33)

Volkswagen-Joint Venture erfolgreich

Trotz erschwelter Rahmenbedingungen hat das deutsch-chinesische Joint Venture Shanghai-Volkswagen Automotive Company Ltd., Anting, nach Angaben des Wolfsburger Automobilkonzerns auch 1989 erfolgreich gearbeitet. Mit 15.700 produzierten Fahrzeugen des Typs Santana sei das Niveau des Vorjahres wieder erreicht worden. Auch das Ergebnis sei positiv. Die hohen Lagerbestände, die durch Schwierigkeiten bei der behördlich geregelten Verteilung der Fahrzeuge entstanden seien, habe man inzwischen abgebaut. Nur noch ca. 4.000 Fahrzeuge stünden auf Lager.

Damit sei die Grundlage für den auf 20.000 Einheiten erhöhten Produktionsplan für das laufende Jahr geschaffen worden. Der Ausbau der Fabrik in Anting verlaufe planmäßig. So stehe der Anlauf des neuen Großpreßwerks und der Motorenfertigung unmittelbar bevor. Im April 1990 soll dann die komplette Fabrik eröffnet werden. Damit sei das für die erste Stufe (1985 bis 1991) geplante Investitionsprogramm von rund 500 Mio. DM praktisch abgeschlossen.

Das Unternehmen verfüge dann über eine Kapazität von 30.000 Einheiten. Inzwischen liege der lokale Fertigungsanteil bei einem Drittel. Er werde noch im Laufe des Jahres auf 50% steigen. In Anting werden rund 2.700 Mitarbeiter beschäftigt. 30 Mitarbeiter kommen aus der Bundesrepublik Deutschland. (FAZ, 14.2.1990; AWSJ, 31.1.1990) -lou-

Binnenwirtschaft

*(34)

Verlangsamung des Wirtschaftswachstums für 1990 vorausgesagt

Auf einer Pressekonferenz am 20.2.1990 sagte Zhang Zhongji vom Zentralen Statistikamt für 1990 ein "langsames Wachstum" für die Wirt-

schaft des Landes voraus. Entgegen einer Voraussage von 6% wird die industrielle Wachstumsrate (gemessen in Bruttoproduktionswerten) zwischen 4 und 5% liegen. Dies stimme mit der Adjustierungspolitik der Regierung überein; das Jahr 1990 werde als kritisches Jahr hinsichtlich der Erreichung des Sparsamkeitszieles betrachtet.

Zhang erklärte, daß das Brutto-sozialprodukt im Jahre 1989 1.567,7 Mrd. Y betragen habe, was einem Wachstum gegenüber dem Vorjahr von 3,9% entspräche. Der industrielle Bruttoproduktionswert habe 2.188 Mrd. Y betragen, ein Wachstum gegenüber 1988 von 8,3%. Nach Zhang habe es keinen fundamentalen Wandel hinsichtlich des unzureichenden Angebots und der überschäumenden Nachfrage gegeben. Aufgrund der überhitzten Wirtschaft der letzten Jahre habe dies zu einem Ungleichgewicht geführt. Dafür seien die bekannten strukturellen Probleme verantwortlich.

Der Staat habe im Jahre 1989 erfolgreiche Maßnahmen ergriffen, um die Anlage- und Investbau-Investitionen um mehr als 50 Mrd. Y zurückzuschneiden. Dennoch habe die Nachfrage nach Rohmaterialien, Energieressourcen usw. nicht zurückgefahren werden können.

Ca. 16% der staatlichen Industrieunternehmen hätten 1989 "zunehmende Defizite" eingefahren. Mehr als 6.200 Unternehmen erlitten Verluste im Gesamtwert von 13,6 Mrd. Y. Zhang erklärte weiter, daß der Lebensstandard von 35,8% der städtischen Einwohner unter der Preiserhöhung für Konsumgüter gelitten habe, die bei ca. 17,8% gelegen habe. Die Regierung habe allein 30 Mrd. Y für Preissubventionen der Konsumenten im ganzen Lande ausgegeben.

Die Zahl der Arbeitslosen wurde von Zhang mit mehr als vier Millionen angegeben, was einer Arbeitslosenrate von 2,7% entspricht. Für 1990 sieht Zhang voraus, daß die Arbeitslosenrate etwa gleich bleibt. Die Zahl der Angestellten in den ca. 18 Mio. ländlichen Betrieben habe 1989 ca. 92 Mio. betragen, das sei gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 3,4 Mio. Sog. individuelle Unternehmen hätten die Beschäftigung um mehr als 3 Mio. zurücknehmen müssen. Die 1,24 Mio. individuellen Unternehmen beschäftigten 19,32 Mio. Menschen und konnten

1989 gegenüber dem Vorjahr ein Umsatzplus von 5% erreichen. (CD, 21.2.1990)

Hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen herrscht eine große Unklarheit. Die von Zhang genannten mehr als vier Millionen Arbeitslosen dürften nur die von offiziellen Stellen im städtischen Bereich erfaßten Arbeitslosen umfassen. Nicht erfaßt werden die zahlreichen Arbeitslosen in den ländlichen Gebieten. Auch ist - aufgrund fehlender statistischer Erfassung - unklar, wieviele der mehr als 50 Mio. im Lande umherziehenden Arbeiter ohne Beschäftigung sind. Würde man alle diese Arbeitslosen zusammenzählen, so ergäbe sich eine ganz andere Dimension als die von Zhang genannte. Die Zahl der Arbeitslosen würde dann bei ca. 70 Mio. Menschen liegen. -lou-

*(35)

Industrielle Effizienz sinkt drastisch

In ihrer Plenarsitzung vom November 1989 hatte das ZK der KPC die sinkende Effizienz der Industrie als ernstes Problem identifiziert; sie stelle eine fatale Schwäche in der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung des Landes dar.

Nach Daten, die von Zhou Shulian vom Institut für Industriewirtschaft der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften bekanntgegeben wurden, begann der Niedergang der Industrie im Jahre 1985. Der Beitrag zu den Staatseinnahmen (in bezug zu den Zuwendungen, die sie erhielten) der Unternehmen sank von 24,3% im Jahre 1984 auf 20,6% im Jahre 1988.

In derselben Periode bewegte sich der Kostenanstieg von 2% auf 15,9%. Die gesamten von den Unternehmen eingeleiteten Finanzverluste betrugen 1984 3,4 Mrd.Y; 1988 waren es bereits 11,6 Mrd.Y. Trotz der 1989 von der Führung eingeleiteten Adjustierungsmaßnahmen verschlechterte sich die Effizienz.

Nach Zahlen des Zentralen Amtes für Statistik schrieben 19% der industriellen Unternehmen, die dem Staatsbudget unterstanden, rote Zahlen; im Vorjahr waren es nur 13% gewesen. Der Anstieg der verlustmachenden Unternehmen ist nur ein Zeichen einer weitgehenden Abnahme der Gewinne in

der Industrie. Es gibt Industriezweige (beispielsweise die Energieindustrie), die in ihrer Gesamtheit keine Gewinne erzielen können. Die an den Staat abgeführten Steuern und Gewinne waren 1989 im Vergleich zu dem vorhergehenden Jahr nur um 0,2% gestiegen.

Falls die industrielle Effizienz, insbesondere der staatseigenen Unternehmen, weiter erodiert, können sie ihre führende Rolle bei der Entwicklung der Gesamtwirtschaft nicht spielen. Auf diese Weise kann das von der Führung eingeleitete Konsolidierungsprogramm nicht erfüllt werden.

Die Ursachen für die Ineffizienz liegen sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makro-Ebene. Auf der Mikro-Ebene ist das Problem angelegt, daß die Unternehmen daran gewöhnt sind, einen Markt zu beliefern, auf dem es an allem fehlt. Deshalb bräuchten sie sich um die Vielfaltigkeit des Angebots und um die Qualität nicht zu kümmern. Als Beispiel gilt die Bekleidungsindustrie, die jahrelang dieselbe Art von Dakron-Hemden produzierte und sich um ein Absinken der Gewinne nicht zu kümmern brauchte.

Ein weiteres Problem hängt mit der unzulänglichen Marktabstimmung zusammen. Als vor einigen Jahren viele neue Wohnhäuser gebaut wurden, verlegten sich viele Unternehmen auf die Produktion von Auslegware und anderen Ausstattungsmaterialien. 1989 wurden 20 Mio.qm Teppichboden produziert, wohingegen der Bedarf nur ca. 8 Mio.qm betrug - mit dem Ergebnis, daß es große Lagerbestände und wenig Gewinne gibt.

Gleichzeitig sind die Investitionen in Produktionslinien natürlich teurer geworden. Insbesondere gilt dies für Haushaltsgeräte, Produktionsmaterialien und Maschinenteile. Die ständige Einführung neuer Dessins und Stilrichtungen ist natürlich ebenso kostspielig.

Gleichwohl sind die Unternehmen bei der Anpassung an die Märkte sehr langsam. Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Ma Hong bemerkte noch 1989, daß das technologische Niveau sogar der größten Unternehmen sehr gering sei. Ohne eine Verbesserung der Management-Konzepte und -Methoden folgten viele Unternehmen der bekannten Methode, den Bruttoproduktionswert zu maximieren.

Auf der Makro-Ebene habe die blinde Expansion, insbesondere im Baubereich, dazu geführt, daß diese angesichts der begrenzten Ressourcen und der geringen Ausstattung im öffentlichen Infrastrukturbereich für das Land nicht mehr verkraftbar sei. Tatsächlich können ein Drittel der großen und mittelgroßen Unternehmen, die in den letzten Jahren gebaut worden sind, kaum die Hälfte ihrer Kapazität realisieren. Nach Angaben von Lu Dong, dem früheren Minister der Zentralen Wirtschaftskommission, werden mehr als 30% der Kapazität der verarbeitenden Industrie nicht genutzt.

Die Landwirtschaft könne, so Lu Dong, eine solche stetig expandierende Verschwendungsindustrie nicht mehr stützen. Auch Energielieferungen, das Transportwesen und die Materialversorgung kämen angesichts des über großen Wachstums der verarbeitenden Industrie nicht mehr mit. Die chinesische Industrie müsse lernen, zu sparen und "intensives Management" anzuwenden. (CD, 6.2.1990) -lou-

*(36)

400 Mrd.Y für die Erneuerung von Unternehmen geplant

Zum Ende des Jahrhunderts möchte die VR China ihre Industrie auf ein neues Niveau heben; zu diesem Zweck sollen die bestehenden Unternehmen "aufpoliert" werden. Während das gegenwärtige Sparsamkeits-Programm mindestens noch zwei Jahre andauern soll, will die Regierung in der Periode zwischen 1991 und 1995 mehr als 400 Mrd.Y für die technologische Erneuerung der Industrie investieren, weitere 10 Mrd.Y sollen für die Erforschung und Entwicklung neuer Produkte ausgegeben werden.

Diese großen Investitionen, die bereits in der vorläufigen Version des achten Fünfjahresplans (1991-1995) enthalten sind, sollen eine beträchtliche Gruppe von Schlüsselunternehmen fördern; Güter, die auf den Weltmärkten wegen ihrer Qualität und günstigen Preise Absatz finden können; des weiteren eine Serie von fortgeschrittenen "Schlüsseltechnologien".

Auf der sechsten nationalen Arbeitskonferenz über technologischen Fortschritt erklärte Sheng Shuren, der stellvertretende Direktor der Zentra-

len Planungskommission, am 8.2.1990: "Wir hoffen, daß auf diese Weise bis zum Jahre 2000 unsere hervorragenden Unternehmen sich ihren Platz auf der Liste der fortgeschrittensten Unternehmen in der Welt erkämpfen können."

Nach Sheng müssen Chinas Unternehmen bis zum Ende der 1990er Jahre drei Ziele anstreben: Energie sparen und den Verbrauch einschränken; die Vielfältigkeit und Qualität der Produkte erhöhen; Exporte zu erhöhen und Importe zu verringern. Nach der technologischen Umgestaltung in den nächsten fünf Jahren müsse die Produktivität der Arbeiter um 30% steigen, während der Verbrauch von Materialien um 20% sinken müsse. Die Maschinen- und Elektronikindustrie sowie die Leicht- und Textilindustrie - die beiden größten Devisenverdiener des Landes - müßten weitere 15 Mrd.US\$ einbringen und dem Land weitere 15 Mrd.US\$ einsparen.

Sheng erklärte, die Entwicklung der elektronischen Industrie werde eine strategische Rolle in Chinas Gesamtwirtschaft spielen, da ihr Entwicklungsstand und ihre Durchdringung anderer Industriezweige den technologischen Fortschritt und das Modernisierungsniveau eines Landes anzeigten. (CD, 9.2.1990) -lou-

*(37)

Situation der ländlichen Industrie

Im Jahre 1989 trieb die staatliche Sparpolitik ca. 800.000 ländliche Unternehmen in den Konkurs, weitere 2,2 Mio. Unternehmen wurden entweder von anderen Unternehmen übernommen oder hatten große Produktionsumstellungen vorzunehmen. Zhang Yi, der Direktor für ländliche Industrie im Landwirtschaftsministerium, teilte mit, daß es Ende 1989 ca. 18 Mio. Dorf- und Kleinstadtunternehmen gab, die ca. 93 Mio. Menschen beschäftigten.

Der Produktionswert der ländlichen Unternehmen konnte 1989 gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 15,9% verzeichnen. Der Umsatzwert der ländlichen Industrie belief sich auf 510 Mrd.Y. Das dramatischste Ergebnis wird in den Exporteinnahmen der ländlichen Unternehmen gesehen; es betrug 1989 ca. 10 Mrd.US\$ und lag um 21% über dem Vorjahrsergebnis.

Für 1990 wird eine Wachstumsrate der ländlichen Unternehmen von ca. 10% vorausgesehen.

Hinsichtlich der arbeitslos gewordenen Menschen gebe es landesweit keine Arrangements zur Beschaffung neuer Arbeitsplätze. Es gebe lediglich einige regionale Arbeitsbeschaffungsprogramme für die überschüssigen Arbeitskräfte in den Dörfern. Eine Reihe von Arbeitern aus den in Konkurs gegangenen Unternehmen arbeitet in Projekten der Wasserwirtschaft und in der Landwirtschaft. Beschäftigungslose Arbeiter sollten in Nordchina in den Programmen zur Aufforstung eingesetzt werden.

Nach Angaben von Zhang hat die staatliche Politik natürlich große Einflüsse auf die ländlichen Unternehmen gehabt. Zu den Schwierigkeiten gehören die gestoppten Bankkredite, Verzögerungen in den Zahlungen der Kunden sowie hohe Preise für Rohmaterialien und Energie.

Die Landwirtschaftsbank als wichtigster Kreditgeber für die ländliche Entwicklung vergab 1989 keine neuen Kredite an die ländliche Industrie. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1989 ging das Kreditvolumen um 500 Mio.Y zurück. Gleichzeitig stiegen die monatlichen Zinsraten, und zwar von 1,1% auf 1,7% im Jahre 1989; die Zinsen für staatseigene Unternehmen blieben jedoch auf dem Niveau von 0,9% monatlich.

Der Preis für Elektrizität verdoppelte sich für die ländlichen Unternehmen; der Kohlepreis stieg um 60% gegenüber dem Niveau von 1988 an. Als Ergebnis dieser Kostensteigerungen sanken die Nach-Steuer-Gewinne um mehr als die Hälfte.

Während der Periode der Adjustierung wird von den ländlichen Unternehmen gefordert, daß sie ihre industrielle Struktur und ihren Produkt-Mix verbessern sowie neue Technologien einsetzen und Kosten verringern. Die Banken sollen auch im zweiten Jahr des Sparsamkeitsprogrammes ihre Kredite nicht erhöhen. Die hohen Zinssätze könnten natürlich potentielle Kreditnehmer abschrecken, und zwar sogar dann, wenn die Banken ihre Kreditpolitik verändern würden. Da die staatlichen Unternehmen mit Finanzproblemen kämpfen, ist es ungewiß, ob sie ihre Schulden gegenüber den ländlichen Unternehmen zahlen können.

Als Kritiker die ländlichen Unternehmen wegen Materialverschwendung anklagten, wurde selten bedacht, daß, nach Aussagen Zhangs, diese Unternehmen ja nicht dem staatlichen Plan für die Materialversorgung unterstehen. Die Industrie kann natürlich nicht ohne eine ständige Materialversorgung arbeiten. Die beste Methode der Regulierung des Wettbewerbs um Materialien bestehe nach Zhang darin, die Unternehmen dem staatlichen Plan zu unterstellen. Doch beziehe sich traditionellerweise die Planwirtschaft nur auf den staatlichen Sektor. Für die Gesamtwirtschaft gebe es wenig Planung. (CD, 27.2.1990) -lou-

*(38)

Bauern sollen vor willkürlichen Abgaben geschützt werden

Der Staatsrat erließ ein Rundschreiben, das die ländlichen Kader anweist, mit der willkürlichen Erhebung von Geldmitteln bei den Bauern Schluß zu machen. Die finanzielle Last der Bauern soll verringert werden, die Interessen der Bauern sollen geschützt und die "angepannten Verhältnisse" zwischen den Bauern und den örtlichen Kadern der Partei und der Regierung gemildert werden.

Keine Einheit darf von den Bauern mehr Geld erheben, beispielsweise unter dem Vorwand, Spenden zu erhalten oder spezielle Fonds für besondere Projekte aufzubringen. Auch der Grund, eine Kostenbeteiligung für die öffentliche Infrastruktur sei erforderlich, soll nun nicht mehr gelten. Die entsprechenden örtlichen Abteilungen sollen nun Parameter festsetzen für das, was als vernünftige finanzielle Grenzen der Belastung angesehen wird. Dies beinhaltet detaillierte Erklärungen, welche Summen die Bauern für die örtliche Verwaltung und Gemeinschaftsaufgaben über die staatlichen Steuern hinaus abzuführen haben.

Unter den von den Bauern zu erhebenden Fonds befinden sich solche für die Dorfkomitees sowie die städtischen Abteilungen - die ja die untersten Regierungsorganisationen sind. Die Gesamtsumme der aufzubringenden Fonds soll im allgemeinen auf fünf Prozent des jährlichen Nettoeinkommens der Bauern begrenzt werden. In entwickelten Gebieten kann dieser An-

teil höher sein, jedoch ist die Zustimmung der Kreisregierung für höhere Abgaben erforderlich.

Vor Erhebung der Fonds müssen die örtlichen Dorfkomitees bzw. Stadtregierungen jährliche Budgets entwerfen, die von den lokalen Bauernkongressen genehmigt werden müssen. Alle Ausgaben sollen am Ende jedes Jahres offengelegt werden - sie sollen auch der öffentlichen Kritik unterliegen. Die Erhebung der Fonds soll verbessert werden, da es den lokalen Regierungsabteilungen nicht gestattet ist, diese Geldmittel von den Bauern einzuziehen, die ihre Produkte an den Staat verkaufen.

Im genannten Rundschreiben heißt es ausdrücklich, daß alle anderen Abgaben, die nun existieren, gestrichen werden sollen. Auch soll der Prozentsatz der nun tatsächlich erhobenen Abgaben gesenkt werden. Die Bauern haben das Recht, sich gegen sog. Spenden zu verwahren, die nicht in den Budgets erscheinen. Den Kadern, die sich gegen Bauern wenden, die von ihren Rechten Gebrauch machen, wird Bestrafung nach den gesetzlichen Regeln angedroht.

In diesem Rundschreiben wird ein weitverbreiteter Mißstand aufgegriffen, der zur Verbitterung der Bauern geführt hat. Viele Verwaltungseinheiten auf der untersten - aber auch auf anderen - Ebenen waren sehr erfinderisch, wenn es darum ging, Vorwände zu finden, um Geld von den Bauern zu erheben. Was die Bauern besonders verbittert, ist die Tatsache, daß das Geld vielfach für repräsentative Verwaltungsbauten, Gästehäuser usw. verwendet wird, deren dringende Notwendigkeit man nicht einsehen kann. Andererseits bleiben dringende öffentliche Infrastrukturaufgaben unerledigt. (RMRB, 14.2.1990) -lou-

*(39)

Versicherungsvolumen steigt

Die Einnahmen der Volksrepublik aus in- und ausländischen Versicherungen betragen 1989 ca. 14,2 Mrd.Y. Das war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 30%. Die Einnahmen aus inländischen Versicherungen betragen 12,3 Mrd.Y, während das Auslandsgeschäft nach Angaben der Volksversicherungsgesellschaft ca. 410 Mio.US\$ einbrachte.

Nach Angaben der Versicherungsgesellschaft schlossen 1989 ca. 550.000 Unternehmen und 77,9 Mio. Haushalte Sachversicherungen ab. Mehr als 182 Mio. Menschen schlossen Lebensversicherungen ab. Die Prämien betragen im vergangenen Jahr ca. 4,6 Mrd.Y, was einen 23%igen Anstieg gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die 1989 insgesamt für Ansprüche der Versicherungsnehmer ausgezahlte Summe betrug ca. 6 Mrd.Y. (CD, 18.2.1989) -lou-

*(40)

Bildung von "Doppel-Garantie"-Unternehmen

Die Zentrale Planungskommission und das Produktionskomitee des Staatsrates haben mehr als 50 große und Schlüssel-Unternehmen im Nordosten Chinas als sog. "Doppel-Garantie"-Unternehmen ausgewiesen. Der Staat soll einerseits die wichtigsten Produktionsanfordernisse für diese Unternehmen garantieren, die Unternehmen sollen andererseits garantieren, daß sie dem Staat Gewinne, Steuern und Produkte zur einheitlichen Verteilung abliefern. Diese großen Unternehmen wurden als Hauptstützen und materielle Fundierung für die Modernisierung des Landes bezeichnet.

Die mehr als 50 Unternehmen, in denen das doppelte Garantiesystem auf Versuchsbasis durchgeführt werden soll, arbeiten hauptsächlich in den Bereichen Kohle, Energie, Erdöl, Eisen und Stahl, Chemie, NE-Metalle, Leicht- und Textilindustrie sowie elektromechanische Industrie zur Herstellung von Energie-Einrichtungen.

Nach Schätzungen beträgt der für 1990 geplante Produktionswert dieser Unternehmen 47,2% des gesamten industriellen Bruttoproduktionswertes aller dem staatlichen Budget unterstehenden Unternehmen in den drei nordöstlichen Provinzen (Heilongjiang, Jilin und Liaoning). Die geplanten, abzuliefernden Gewinne und Steuern der Betriebe machen 90% des Gesamtaufkommens der drei Provinzen aus. Die genannten Unternehmen produzieren 88% der Kohle (der drei Provinzen), 100% der Elektrizität und des Rohöls, 92% der Stahlprodukte, 100% der Produktion von Kupfer, Aluminium, Nickel, Motorfahrzeugen und energieerzeugenden Einrichtungen. Der Anteil an der nationalen Produktion bei

Rohöl, Stahlprodukten, Motorfahrzeugen, energieerzeugenden Einrichtungen dieser Unternehmen liegt zwischen 29 und 52,3%.

Die Zentrale Planungskommission und das Produktionskomitee veranstalteten eine Sonderkonferenz, um die notwendigen Arrangements festzulegen, damit die geplanten Maßnahmen auch durchgeführt werden können. Zentrale und lokale Versorgungsabteilungen sollten verantwortlich für die Lieferung von Roh- und Halbfertig-Materialien sein.

Es ist geplant, diese "Doppel-Garantie"-Maßnahme auch im restlichen Land nach und nach durchzuführen, wenn Erfahrungen im Nordosten gewonnen worden sind. (Xinhua, 25.1.1990, zit. nach SWB, 7.2.1990) -lou-

*(41)

Insassen von Arbeitslagern arbeiten für den Export

Einem Bericht amerikanischer Zeitungen zufolge ist die chinesische Regierung nicht nur der größte Nutzer von Zwangsarbeit in der Weltgeschichte, sondern die Wirtschaft der VR hänge auch wesentlich von dieser Arbeit ab. Tausende von Lagern seien über das Land verstreut; in ihnen arbeiten Millionen von Zwangsarbeitern, gegenwärtig wahrscheinlich mehr als 20 Mio.

Viele dieser Arbeitslager sind eigens dazu errichtet worden, um für den Export zu arbeiten. Amerikanische Spezialisten sind sich sicher, daß Produkte, die von Zwangsarbeitern hergestellt worden sind, den amerikanischen Markt erreichen, was amerikanischen Gesetzen widerspricht (z.B. Kapitel 19, Sektion 1307 des U.S. Code).

Zwangsarbeit sei nach dem Bericht seit 40 Jahren wesentlich für das kommunistische System in der VR. Die Welt habe aber immer weggeschaut.

Die chinesischen Millionen würden "reformiert" indem sie zur unbezahlten Arbeit in den Lagern gezwungen würden. Neben normalen Kriminellen würden auch politische Häftlinge eingesetzt.

Die Fabriken, in denen die Zwangsarbeiter arbeiten, sind nicht nur Anhängsel der Lager. Das Gegenteil ist der

Fall. Die Lager werden nahe den Fabriken errichtet, die in besonderer Weise von der Zwangsarbeit abhängen. In den Sklaven-Fabriken und -Zechen werden Textilien, Chemikalien, Kohle, Werkzeuge, Maschinen und Konsumgüter sowie andere chinesische Exportgüter hergestellt. (IHT, 19.2.1990) -lou-

*(42)

China will 1990 fünf Satelliten in den Weltraum schießen

Am 26.2.1990 teilte der chinesische Vertreter bei einer Tagung der UN-Kommission für friedliche Nutzung des Weltraums mit, daß China im Verlauf d.J. 1990 fünf Satelliten in den Weltraum schießen wolle. Bereits am 4. Februar 1990 sei der erste Satellit erfolgreich gestartet worden. Geplant sei, bis Ende des Jahres auch noch den Nachrichtensatelliten "Asien I", ferner einen rückholbaren Fernabstastsatelliten, einen meteorologischen Satelliten und einen weiteren experimentellen Satelliten in den Weltraum zu bringen.

Ferner hält China sein Angebot an eine Reihe von Ländern der westlichen Welt aufrecht, für sie Satellitentransportdienste zu übernehmen.

U.a. soll ein von der "American Hughes Aircraft Co." für die "Asian Satellite Communications Corp., Ltd." hergestellter Satellit in eine geostationäre Bahn geschossen werden. 1984 war das gleiche Vorhaben mit einem amerikanischen Raumtransporter mißglückt.

1992 wird China voraussichtlich zwei Nachrichtensatelliten für die australische Telekommunikationsgesellschaft "Aussat" starten. Die chinesische Changcheng-Industriegesellschaft hatte am 31.10.1988 mit der "American Hughes Aircraft Co." und am 23.1.1989 mit der "Aussat" zwei Abkommen über die Satellitenstarts unterzeichnet.

Im Anschluß an das Massaker vom 4. Juni 1989 untersagte die US-Regierung die Auslieferung von drei Satelliten nach China. Allerdings wurde dieses Verbot am 19. Dezember 1989 wieder aufgehoben, so daß einstweilen keine weiteren Hindernisse sichtbar sind. -we-

Taiwan

*(43)

Wahl des Parlamentspräsidenten

Bei der Tagung des Gesetzgebungs-yuan (Parlament) am 19. Februar in Taipei für die Wahl eines neuen Präsidenten und Vizepräsidenten fanden wieder schwere Krawalle statt. Auf den Straßen vor dem Haus versuchten mehrere hundert Demonstranten, die noch vor 40 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählten greisen Abgeordneten sowie die von der Regierung ausgewählten überseechinesischen Abgeordneten von der Teilnahme an der Sitzung abzuhalten, wobei es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Bereitschaftspolizei kam. Laut Presseberichten wurden 61 Polizisten und über 150 Demonstranten verletzt und 18 Polizeifahrzeuge demoliert. Im Parlament störten währenddessen die Abgeordneten der oppositionellen Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) den Ablauf der Sitzung mit Geschäftsordnungsfragen. Schließlich mußten die Wahlen auf den 27. Februar verschoben werden. (LHB u. CP, 21.2.90; Zili Zhoubao, 2.3.90; ZYRB, 22.2.90)

Mit 172 der 241 abgegebenen Stimmen wurde dann Liang Surong (Liang Suyung, 69) zum Präsidenten und Liu Songfan (Liu Sung-fan, 58) mit 161 der 235 abgegebenen Stimmen zum Vizepräsidenten des Hauses gewählt. Beide gehören der Regierungspartei Guomindang (Nationale Partei, im folgenden GMD) an. Liang, aus der Provinz Liaopei (Liaoning), ist einer der 1948 gewählten Abgeordneten und Liu, Taiwan, einer der auf der Insel regelmäßig wiedergewählten zusätzlichen Abgeordneten. Von vier liberalen zusätzlichen Abgeordneten der GMD wurden die Wahlen boykottiert, ein anderer warf demonstrativ den Blankostimmzettel in die Urne. Sie protestierten gegen die willkürliche und erneute Nominierung eines betagten Kollegen durch die Partei, ohne die Fraktionsmitglieder konsultiert zu haben. Von Seiten der Opposition gab es diesmal keine Störungen, weil das Haus noch vor Wahlbeginn den Vorschlag einiger Oppositioneller befolgend zum Gedenken an die Opfer des

Volksaufstands vom 28.2.1947 in Taiwan gegen die GMD-Regierung eine Schweigeminute eingelegt hatte. Nur ein 85jähriger Abgeordneter vom Festland weigerte sich, vom Sitz zu erheben. Der bisherige Präsident des Hauses, Liu Guocai (Liu Kuo-tsai, 79), ist am 2. Februar zurückgetreten. (LHB u. CP, 28.2.90) -ni-

*(44)

Spaltungskrise in der Regierungspartei

Die Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD) befindet sich wegen der bevorstehenden Wahl eines neuen Staats- und Vizestaatspräsidenten am 21./22. März in einer bedrohlichen Spaltungskrise. Bei der Aufstellung der Kandidaten für diese hohen Ämter auf einer außerordentlichen Plenarsitzung des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der Partei am 11. Februar war es unter den Delegierten zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Die erneute Nominierung des Parteivorsitzenden und jetzigen Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui, 67) war dabei in der Partei eigentlich von vornherein nicht umstritten, aber an der Kandidatur für das Amt des Vizestaatspräsidenten zeigten mehrere führende Parteimitglieder großes Interesse. In den letzten Monaten liefen die Spekulationen auf vollen Touren: Als Favoriten galten u.a. General Jiang Weiguo (Chiang Wei-kuo, 74), der zweite Sohn des verstorbenen Staatspräsidenten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und Generalsekretär der Nationalen Sicherheitskonferenz, Ministerpräsident Li Huan (Lee Huan, 73), Lin Yanggang (Lin Yang-kang, 63), Präsident des Justizyuan, Wirtschaftsminister Chen Lian (53) und Verteidigungsminister Hao Bucun (Hau Pei-tsun, 71).

Mit Ausnahme der ersten Präsidentenwahl 1948 in Nanjing nach der Verfassung der Republik China hatten bisher Jiang Jieshi und sein erster Sohn Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988) als Parteivorsitzende und Kandidaten des Präsidentenamtes ihren Wahlgefährten für das Amt des Vizestaatspräsidenten selbst bestimmt und durch das ZEK bestätigen lassen. Li Denghui wollte dieser Tradition folgen, aber erstens besitzt er nicht gleiche uneingeschränkte Autorität wie seine Vorgänger und zweitens stieß die